



**SCHULTERSCHLUSS**

# Kooperationsangebot an BdK und DPoIG



Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

zum 1. April 2009 löst das neue Beamtenstatusgesetz das bisherige Beamtenrechtsrahmengesetz ab. Dies bedeutet lediglich die Festlegung **beamtenrechtlicher Grundstrukturen**.

In Fragen des **Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts** können die Bundesländer **in eigener Souveränität** entscheiden, wie sie eine Dienstrechtsreform umsetzen wollen.

Nachdem in der Vergangenheit Reformprozesse der öffentlichen Verwaltung nur als Sonderopfer für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verstanden wurden, ist die Sorge unter den hessischen Polizeibeschäftigten groß,

dass die Umsetzung der Dienstrechtsreform wiederum auf Einsparungen/Kürzungen ausgerichtet ist.

## Damit muss endgültig Schluss sein!

Zentrale Fragen, wie beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden ihren Ausdruck in der Wochen- und Lebensarbeitszeit, der Einsatzbelastung, der Besoldungsstruktur und nicht zuletzt einer angemessenen Versorgung eines immer gefährlicher werdenden Polizeidienstes.

## Und wo bleibt die Fürsorge unseres Dienstherrn und Arbeitgebers?

In der angelaufenen Besoldungsrunde für den öffentlichen Dienst in Hessen sind die Forderungen nach einer 8-prozentigen Gehalts-/Besoldungserhöhung richtig und wirtschaftlich wichtig. Es reicht nicht aus, mit Hunderten Millionen Euro Firmen und Banken vor dem Konkurs zu bewahren. Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage sind ebenso unverzichtbar. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen durch eine 8-prozentige Gehalts-/Besoldungserhöhung eine Signalwirkung an die Privatwirtschaft geben.

Damit die Beschäftigten der hessischen Polizei in den anstehenden Prozes-

sen nicht sprichwörtlich „**unter die Räder kommen**“ ist es an der Zeit, gemeinsam mit vereinten Kräften bessere Arbeitsbedingungen gegenüber der Politik einzufordern und soziale Scherung zu erhalten! Nach dem Prinzip „teile und herrsche“ haben wir gerade in den letzten Jahren erfahren müssen, dass die Polizeibeschäftigten von politisch Verantwortlichen untereinander ausgespielt wurden. Auch damit muss jetzt Schluss sein! Mit rund 80 Prozent sind die Polizeibeschäftigten in Gewerkschaften und Berufsvertretungen so stark organisiert, wie keine andere Institution im öffentlichen Dienst in Hessen. Wir sind keine Bittsteller, sondern verstehen uns als konstruktiven Partner im bevorstehenden Reformprozess. Dieses Selbstverständnis sollte auch für die Regierenden unverzichtbarer Grundpfeiler unserer Demokratie sein.

**Deshalb haben wir dem Bund deutscher Kriminalbeamter (BdK) und der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund (DPoIG) eine Kooperation angeboten, bei der niemand seine Identität verlieren soll. Im Sinne einer zukunfts- und leistungsfähigen hessischen Polizei und hochmotivierten Kolleginnen und Kollegen, haben BdK und DPoIG das Kooperationsangebot der GdP angenommen. Gemeinsam werden klare und einheitliche Positionen erarbeitet und vertreten.**

*Euer  
Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender*

## Neu im geschäftsführenden Landesvorstand



Wolfgang Link

Gleich in zwei freigewordene Funktionen rückte nun der Frankfurter Bezirksgruppen- und stv. Personalratsvorsitzende Wolfgang Link nach. Zum einen wählte ihn der Landesvorstand für den pensionierten Heinz Homeyer als GdP-Vertreter in den DGB, Bezirk Rhein-Main, dem die BZG Frankfurt und Teile von Westhessen angehören. Zum anderen wählte er ihn für den durch Ruhestand

ausgeschiedenen mittelhessischen BZG-Vorsitzenden Harald Dobrindt zum stellvertretenden Schriftführer im Landesvorstand. Damit ist Frankfurt nach mehreren Jahren Abstinenz wieder im geschäftsführenden Landesvorstand vertreten.

*Text und Foto: NW*



# Was ist uns die Polizei wert?

Reges Interesse der Polizeibeschäftigten an Diskussion mit Landespolitikern



**Voller Saal.** Auf reges Interesse seitens der Kolleg/-innen stieß die GdP-Diskussion mit Landespolitikern im „Holiday Inn“ in Frankfurt. Weit über 200 Zuhörerinnen (unser Bild zeigt den Großteil davon) verfolgten die Diskussion und mischten sich auch ein.

„Politiker kommen und gehen, die Polizei bleibt bestehen“. Mit dieser Feststellung eröffnete Frank Lehmann vom Hessischen Rundfunk die Diskussionsveranstaltung der GdP mit Landespolitikern im Hotel „Holiday Inn“ in Frankfurt, die auch Interesse von Funk, Fernsehen und Presse fand. Thema waren die „Wahlprüfsterne“ der GdP zur Landtagswahl.

Im Grunde hatte sich daran nicht viel verändert gegenüber den Fragen zur Landtagswahl vor einem Jahr. Damals habe die GdP die verantwortlichen Landespolitiker mit der Postkartenaktion aber noch unter Druck setzen können, erklärte GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller bei der Begrüßung. Zur Diskussion gekommen waren die sicherheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Peter Beuth (CDU), Günter Rudolph (SPD), Wolfgang Greilich (FDP), Jürgen Frömmrich (Grüne), Hermann Schaus (Linke).

## Bei Tarifforderungen nicht zurückstecken

Auch der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg diskutierte mit. Er machte in einem Statement deutlich, dass die Zahl der Polizeibeschäftigten bundesweit um über 10 000 abgenommen habe. Angesichts immer neuer Aufgaben und der Zunahme von Gewalt, vor allem gegen Polizeibeamte, halte er diesen Stellenabbau für unverantwortlich. Die GdP habe die Innenministerkonferenz aufgefordert, dieses Phänomen wissenschaftlich untersuchen zu lassen und betroffene Kollegen/-innen daran zu beteiligen. Er machte aber auch deutlich, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei

den anstehenden Tarifverhandlungen nicht zurückstecken wollten. Wer Milliarden ausgabe zur Rettung von Banken und Industriebetrieben, dürfe das Geld nicht bei den Beschäftigten einsparen. Wenn Geld für die Ackermänner da sei, müsse es auch für den öffentlichen Dienst da sein.

## Mehr Arbeit – weniger Personal

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller listete auf, dass bei der Polizei seit 1999 fast 1400 Stellen gestrichen worden seien. Da helfe auch die Einführung einer „Laienpolizei“ (Freiwilliger Polizeidienst) nicht. Die Zahlen der GdP könne man den Stellenplänen des Haushalts entnehmen, gab Bruchmüller als Quelle an. Die Zahl der Angestellten und Beamten im Innenministerium sei in diesem Zeitraum von 227 auf 417 gestiegen, die Zahl der Beschäftigten habe alleine bei den Präsidien (Einzeldienst) um 823 abgenommen.

Bouffiers Aussage: „Mehr uff die Gass, weniger in die Stuben“ sei offensichtlich schief gegangen, eröffnete Frank Lehmann in seiner humorigen Art die Diskussion. Den Politikern gab er aber noch ein Zitat von Goethe mit auf den Weg „Man muss etwas zu sagen haben, wenn man reden will.“ So richtig verstanden wurde es von den Angesprochenen aber nicht.

Es wurde viel leeres Stroh gedroschen, was zu Unmutsbekundungen seitens der 290 Kollegen/-innen führte. Sie sparten aber auch nicht mit Beifall, wenn vor allem die Politiker von SPD, Grüne und Linke aufzeigten, was sie versucht hätten, was aber im vergangenen Jahr, trotz Mehrheit im Landtag (und ohne Koalition)

on) nicht geklappt habe, weil die CDU-Regierung es torpediert habe. Das war vor allem die Forderung nach Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und die Rücknahme der 42-Stunden-Woche. Das stehe auch in der Zukunft auf dem Programm.

Die Vertreter von CDU und FDP, man konnte sie fast als Regierungseinheit verstehen, wollen auch künftig einen speziellen hessischen Tarifvertrag. Sie ernteten Buhrufe, als sie von den erfolgreichen Tarifverhandlungen in den vergangenen Jahren sprachen. Was da im Hinterzimmer mit dem Beamtenbund ausgehandelt wurde und per Gesetz verwirklicht worden sei, sei alles gewesen, aber keine Tarifvertragsverhandlungen, konterte Jörg Bruchmüller.

An die 42-Stunden-Woche wollen diese beiden Parteien auch nicht ran. Bei FDP-Mann Greilich klang sogar durch, dass es künftig wieder eine dreigeteilte Laufbahn geben könne. Nicht für alle Aufgaben der Polizei brauche man ein Fachhochschulstudium.

## Zukünftig wieder mehr Polizisten/-innen

Großes Gelächter entstand im Saal, als Peter Beuth von der CDU vorrechnete, dass die Rückkehr alleine zur 40-Stunden-Woche rechnerisch ein Minus von 530 Polizeibeamt/innen ausmache. Noch zuvor hatte er die GdP-Zahlen von den „virtuellen“ Polizisten (1100 durch die Anhebung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden) als falsch bezeichnet. Er und auch FDP-Mann Greilich hatten zuvor behauptet, die Polizei habe von 1998 bis heute rund 1200 Polizistinnen und Polizisten (Köpfe) mehr. Unab-





WAHLPRÜFSTERNE 2009

hängig von dieser Aussage geben aber beide zu, dass man künftig mehr Polizist/innen einstellen müsse, um die Zahl der Pensionierungen aufzufangen. Da wirkten die Aussagen der anderen drei Sprecher schon glaubwürdiger, da sie auch im vergangenen Jahr schon mehr Personal gefordert hatten und die Zahlen der GdP nicht bezweifelten. Grünen-Sprecher Frömmrich hatte aufgrund eigener Recherchen seiner Fraktion diese Zahlen bestätigt.

Kein Entgegenkommen seitens CDU und FDP wird es nach der Wahl auch bei der Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes geben. Beide Parteien hatten gemeinsam die Mitbestimmung im HPVG gestrichen. Auch hier waren die Vertreter der anderen Parteien auf Seiten der GdP. „Wir werden die Mitbestimmungsrechte wieder einführen“, fasste Günter Rudolph (SPD) die Meinung der drei zusammen. „Wir sind keine Befehlsempfänger, wir wollen unsere Arbeitsplätze mitgestalten“, unterstrich Konrad Freiberg die GdP-Forderung nach Wiedereinführung der Mitbestimmung. „Wenn die Polizei demonstriert, dann sind das keine Krawallmacher (Aussage Bouffier in Kassel), sondern Bürger/-innen, die ihre Grundrechte wahrnehmen“, schrieb ein Teilnehmer den konservativen Politikern in diesem Zusammenhang ins Stammbuch. Ein anderer Teilnehmer machte seinem Frust gegenüber CDU und FDP Luft. „Die Polizei ist ihnen nichts wert, sie haben nichts dazugelernt“.

Antonio Pedron, Angehöriger der JUNGEN GRUPPE, lud die Politiker ein, zu ihm nach Rüsselsheim zu kommen und mit ihm Nachtdienst zu machen, da könnten sie erfahren, was Polizeidienst ist.



**Auf dem Podium.** Mit seiner humorvollen Art hatte Moderator Frank Lehmann (HR) Politiker und Gewerkschafter im Griff, v. l., Jörg Bruchmüller (GdP), Jürgen Frömmrich (Grüne), Peter Beuth (CDU), Frank Lehmann, Günter Rudolph (SPD), Wolfgang Greilich (FDP), Hermann Schaus (Linke), Konrad Freiberg (GdP). nw

**Lebensarbeitszeit wird verlängert**

Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-zulage wollen SPD, Grüne und Linke erhalten und wieder einführen, wo sie gestrichen worden ist. Das kostete pro Jahr 300 000 Euro, hätten die Haushalter ausgerechnet, so Günter Rudolph. Das könne man sicher noch verkraften. CDU und FDP blieben verschwommen. Das müsse im Zuge des neuen Dienstrechtsreformgesetzes geregelt werden, redeten sie sich heraus. Da wollen sie auch die Lebensarbeitszeit regeln. Peter Beuth (CDU) ließ vage erkennen, dass man wohl um eine Verlängerung auf 62 Jahre nicht herumkomme, da ja auch das Renteneintrittsalter um zwei Jahre angehoben worden sei. Allerdings könne er sich eine differenzierte Regelung zugunsten belastender Dienste, wie z. B. „Schichtdienst“ vorstellen. Ähnlich argumentierten auch die anderen Parteien. Lediglich Hermann Schaus (Linke) sprach sich radikal gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Polizei aus.

Die Linke wolle auch keine Anhebung beim Rentenalter. So formulierte auch Konrad Freiberg die GdP-Forderung.

**Technische Verbesserungen mit weniger Personal bezahlt**

Einig waren sich alle Parteien und die GdP, dass die technische

Ausstattung der Polizei und der Fuhrpark erneuert worden seien. Nicht zugeben wollten CDU und FDP, dass das einerseits selbstverständlich sei, wie es ein Teilnehmer formulierte, weil man nicht mehr auf Schreibmaschinen schreiben könne.

Andererseits hätten die Bediensteten diese Verbesserungen durch die Einführung der 42-Stunden-Woche und die Stellenstreichungen selbst bezahlt. Dass bei der technischen Umrüstung auch Geld verbrannt sei, wurde ebenfalls deutlich gemacht. Die Einführung von SAP sollte 50 Millionen Euro kosten. Heute sind es 850 Millionen Euro. Es wurde lebhaft und viel diskutiert, nicht nur über die hier angesprochenen Themen, und die GdP versprach, die Politiker an ihren Aussagen zu messen.

**Polizei ist ein Gesamtkunstwerk**

Jörg Bruchmüller zeigte sich erfreut „dass die Hütte voll ist“. Das zeige, dass die Themen den Polizeibeamt/innen „unter den Nägeln brennen“. Dem CDU-Mann Beuth gab er mit auf den Weg, dass seine Partei über den Begriff der „Streitkultur“ nachdenken solle. Wenn Volker Bouffier der GdP sage: „Wer die Hitze nicht verträgt, der darf nicht an den Ofen“, dann dürfe er diesen Satz nicht als Einbahnstraße verstehen und bei Kritik sich beleidigt zurückziehen, wie nach der Postkartenaktion bei der Landtagswahl 2008. „Gehen sie auf die Polizei zu, zeigen sie, was sie ihnen wert ist“, forderte er die Politiker auf. „Polizei ist ein Gesamtkunstwerk aller Beschäftigten.“

Deren Motivation und Zufriedenheit ist nicht nur gut für das Betriebsklima, sondern auch Garant für eine hervorragende und professionelle Dienstleistung.“

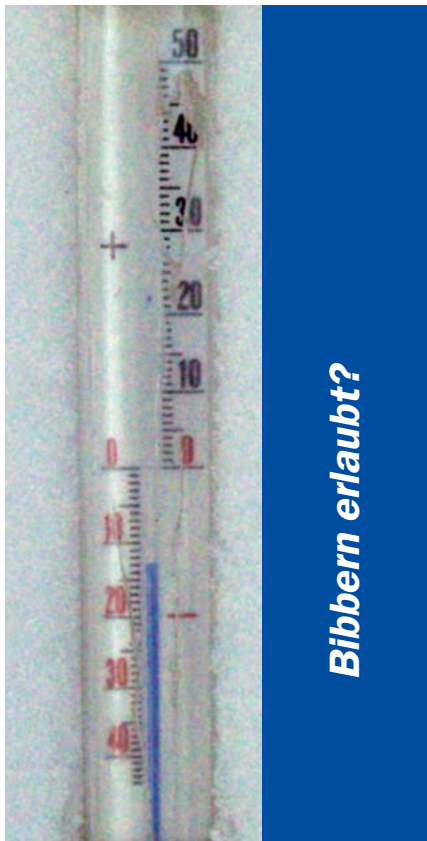
Norbert Weinbach



**Publikumsmeinung.** Frank Lehmann ging auch mit dem Mikro durch die Reihen der Zuhörer, hier bei Rolf Büttner, und fragte nach ihren Erfahrungen mit der Politik. nw



# Wärmende Unterbekleidung fehlt!



Bibbern erlaubt?

Aufgrund vieler Nachfragen und Beschwerden von Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst wurde die GdP aktiv.

Die völlig unzureichende Ausstattung mit wärmender Unterwäsche (Thermohose) veranlasste uns unter anderem zu einer Presseerklärung am 8. Januar 2009, in der wir auf diese Missstände aufmerksam gemacht haben.

Exakt einen Tag später, also heute Vormittag, gab es eine erste Reaktion seitens des PTLV.

In einer Veröffentlichung im IntraPol wird auf die mangelhafte Lieferfähigkeit seitens des E-Shops in Ditzingen hingewiesen.

Daher können sich nunmehr alle Kolleginnen und Kollegen selbst entsprechende wärmende Unterbekleidung kaufen.

*Die entstehenden Kosten können dann zulasten ihres Kleiderkontos beim PTLV eingereicht werden.*

Natürlich begrüßen wir als GdP dieses unkomplizierte Verfahren, das den Problemen schnelle Abhilfe schafft.

Man fragt sich jedoch, warum eine solche sinnvolle und unbürokratische Maßnahme nicht früher angeboten wird.

Durch unser zeitnahes Agieren ist es uns wieder einmal gelungen, dass ihr nicht alleine in der Kälte steht. Falls es Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Bezahlung/Anrechnung geben sollte, wendet euch bitte an uns, wir kümmern uns darum.

**GdP – komm rein, es wird kälter!**

**In Gesprächen zwischen PTLV und GdP wurde ein Verfahren abgestimmt, wie die Beschäftigten für privat beschaffte Winterwäsche unkompliziert finanziellen Ersatz zu Lasten ihres Kleiderkontos erhalten.**

## Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2008



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31  
vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

Die Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) in der zweiten Januarwoche mag der technologischen Fortentwicklung oder der bevorstehenden Landtagswahl geschuldet sein. An diesen Spekulationen möchte sich die GdP Hessen nicht beteiligen.

Die abermals gestiegene Aufklärungsquote auf die Rekordmarke von 57,1 Prozent bei wiederum gesunkenen Straftaten ist nicht nur Beleg für die hohe Qualität polizeilicher Arbeit, sondern vor allem auf die hohe Motivation und das hohe Engagement aller Beschäftigten der hessischen Polizei zurückzuführen.

Dieses Ergebnis ist umso höher zu bewerten, wenn man die täglichen Rahmenbedingungen betrachtet.

Die zunehmende Arbeitsbelastung spiegelt sich unter anderem in einer Vielzahl von Überstunden wider und macht die anhaltend defizitäre Personalsituati-

on deutlich. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Aufgaben erfüllen.

Hinzu kommen zusätzliche Belastungen durch eine Vielzahl von Sondereinsätzen.

**Wo könnte die hessische Polizei stehen, wenn sie personell besser aufgestellt wäre?**

Innere Sicherheit kostet Geld! Geld für Liegenschaften, Sachmittel und Personal. Was nutzt die modernste Technik, wenn nicht ausreichend Personal vorhanden ist, um diese zu bedienen?

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit erfordert zudem engagiertes, motiviertes sowie leistungswilliges und -fähiges Personal.

Dass dem so ist, das stellen die Beschäftigten der hessischen Polizei jeden Tag unter Beweis, was sich auch eindrucksvoll an den erzielten Ergebnissen ablesen lässt.

**GdP**





GdP FRANKFURT

# Kreisgruppe Sonderinspektion lebt wieder

Nachdem jahrelang für die Sonderinspektion in Frankfurt, die immerhin mehrere hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, niemand aus dem Kreis der GdP die Verantwortung übernehmen wollte, wurde diese Kreisgruppe mehr schlecht als recht durch die Bezirksgruppe Frankfurt betreut. Dass dabei keine intensiven Kontakte gepflegt werden können, versteht sich von selbst. Mitte 2008 hatten sich mehrere Wackere zusammengetan, um diese Kreisgruppe endlich wieder zu beleben. Giovanni Li Fonti, der aus dem Bereich des PP Südosthessen nach Frankfurt versetzt wurde, sprach mehrere Gleichgesinnte an, weil er sofort erkannt hatte, dass erheblicher Handlungsbedarf bestand. Umso mehr verwundert, dass über all die Jahre, in denen die Betreuung durch die Bezirksgruppe erfolgte, die vielen Mitglieder ihrer GdP die Treue hielten. Gino konnte



Interessierte Zuhörer.

in mehreren Gesprächen in Erfahrung bringen, dass die Mitglieder der Direktion Sonderdienste insbesondere beklagten, dass keine greifbare gewerkschaftliche Identität innerhalb des PP Frankfurt besteht. Das unzureichende gewerkschaftliche Info-Mangemant vor Ort wurde ebenso beklagt wie das Fehlen kollegialer Ansprechpartner. Die Macher und Gründer der Kreisgruppe

sehr verunsichert dahingehend sind, ob ihre Absicherung ausreichend oder gar zu sehr übertrieben ist. Deshalb nahmen sich drei Mitarbeiter der Polizeiversicherungs AG auch die Zeit, Rede und Antwort zu den vielen Reformen zu geben.

haben sehr großen Wert darauf gelegt, dass bei der Zusammenstellung eines funktionierenden Vorstandes alle Organisationseinheiten berücksichtigt werden. Am 19. 12. 2008 wurde die Gründungsversammlung einberufen, zu der auch unser Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller extra angereist war. Schon im Vorfeld kam zutage, dass viele unserer jun-

**Gewählt wurden:**

Vorsitzender: **Giovanni Li Fonti, D 590**

Stellvertreter und Protokollführer: **Michael Wenzel, D 590,**

Stellvertreter und Beauftragter für den Schichtdienst: **Jens Buml, D 510,**

Stellvertreterin und Frauengruppe: **Tumika Rinderknecht, D 550,**

Mitgliederverwaltung: **Renate Inclimona, Personalrat,**

Kassierer: **Peter Frank, D 520,**

Vertreter Angestellte: **Michael Post, D 590** und  
Vertreter JUNGE GRUPPE: **Benjamin Rasche, D 570**

*Giovanni Li Fonti  
KG-Vorsitzender*



Kreisgruppenvorsitzender Giovanni Li Fonti (links stehend) und GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller (rechts).

## EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Harald Braun**  
**Fritz Ruhland**  
Kreisgruppe Groß-Gerau  
**Reiner Pallusseck**  
Bezirksgruppe Frankfurt

**Rolf Rübenach**  
**Armin Arnold**  
Kreisgruppe Groß-Gerau

## ES VERSTARBEN

**Ralf Ehrhardt**  
Kreisgruppe Offenbach  
**Eugen Künstler**  
Kreisgruppe Polizeischule  
**Engelbert Grimm**  
Kreisgruppe Wiesbaden  
**Karin Janßen**  
Kreisgruppe PTLV

*Wir werden den Verstorbenen ein  
ehrendes Andenken bewahren!*



## Wie ich überzeuge und mich vor Gericht schütze

Rund 100 Kolleginnen und Kollegen folgten Mitte Dezember der Einladung der Jungen Gruppe Hessen in die I. BPA in Mainz-Kastel. Anlass hierfür war ein Fachvortrag unter der Leitung von Staatsanwalt Wolf Jördens von der Wiesbadener Staatsanwaltschaft.

Dass sich die Lehre von Theorie und Praxis oftmals sehr unterscheiden ist nichts Neues – trotzdem kommt es immer wieder zu Reibungspunkten. Peinlich wird es, wenn eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter als Zeugin oder Zeuge vor Gericht von der Verteidigung oder aber auch vom Richter ausgezählt wird. Dies ist nicht nur peinlich, sondern auch ärgerlich, wenn es aufgrund dieser Fehlleistung zu einer mildereren oder gar zu keiner Verurteilung kommt.

Der geneigte Leser wird sich sicher an seine eigenen Erfahrungen vor Gericht erinnern; in vielen Situationen hätte es sicherlich besser laufen können. Fatal, sich dann selbst auf der Anklagebank zu sehen.



Interessierte Zuhörer

gleichzeitig Lösungsansätze liefern. Einer dieser Problemfälle ist, dass viele Richter und Staatsanwälte eine eigene Vorstellung von Polizeiarbeit haben, wie z. B. ein Notzugriff funktioniert

lenswert, um im Berichtswesen Fehler zu vermeiden.

Die Staatsanwaltschaft benötigt eine genaue umfassende Beschreibung der polizeilichen Lage. Empfehlenswert ist immer das Fertigen von Fotos.

**Weniger ist in diesem Fall also nicht mehr!**

Ziel ist es, die Justiz mit vielen Informationen zu versorgen und diese entsprechend zu sichern, damit in einer späteren Verhandlung die Verteidigung keine Möglichkeit erhält, Tatsachen aus unseren Berichten infrage zu stellen und unsere Arbeit schlecht zu reden.

Am Ende des Vortrages nutzten die Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit, zahlreiche Fragen zu stellen. Dieser Artikel soll neugierig auf weitere Seminare machen, die bereits in der Planung sind.

Die JUNGE GRUPPE und die GdP-Kripokommission werden hierzu rechtzeitig die Fachvorträge ankündigen.

Wir bedanken uns bei allen Dienststellenleitern, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genehmigt haben, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Ein ganz besonderer Dank gilt dem Abteilungsleiter der I. BPA, Dieter Schulz, der es uns als „Hausherr“ ermöglicht hat, den Fachvortrag in Räumlichkeiten der I. BPA durchzuführen.



Der Wiesbadener Staatsanwalt Wolf Jördens (Bildmitte) bekommt zur Erinnerung an sein Referat einen GdP-Polizeibären von Toni Pedron (links) und Sandra Temmen (rechts) überreicht.

StA Jördens beschrieb in seinem Vortrag die Vorgehens- und Denkweisen von Presse, Rechtsanwälten und Richtern. Er gab nähere Einsicht in die Arbeit der Staatsanwaltschaft und konnte anhand eigener Verfahren sehr praxisnah Problemfälle schildern und

oder unmittelbarer Zwang bei Fahrzeugkontrollen angewandt wird. Trotz rechtmäßiger Amtshandlungen kann es zu einem eigenen Strafverfahren kommen; die Folgen sind bekannt. Eine rhetorische und taktische Dokumentation des polizeilichen Handelns ist empfeh-

Antonio Pedron  
Junge Gruppe Hessen





## Harald Dobrindt nahm Abschied vom Dienst – nicht von seiner GdP

„Ich nehme Abschied von einem Amt, nicht von meiner GdP“, stellte Harald Dobrindt klar, als er im Dezember von seinem Posten als stellvertretender Schriftführer des GdP-Landesvorstandes zurücktrat, um einem Nachfolger Platz zu machen. Aus dem Polizeidienst war Harald Dobrindt bereits Ende November ausgeschieden und seinen Platz als Vorsitzender der Bezirksgruppe Mittelhessen hatte er auch schon geräumt, damit sein Nachfolger Zeit hatte, sich in das Amt einzuarbeiten. Anfang Dezember wurde er bei der Klausurtagung des Landesvorstandes in Tann in der Rhön offiziell von der GdP verabschiedet, gemeinsam mit Heinz Homeyer, Frankfurt.



Beisitzer im Vorstand der BZG Mittelhessen aktiv, von 1989 bis 97 als stellvertretender Vorsitzender. Von 1997 bis 2000 war er Vorsitzender der BZG HPVKA und von 2000 bis 2008 Vorsitzender der BZG Mittelhessen. Er war als stellvertretender Personalratsvorsitzender der Direktion Autobahnpolizei freigestellt und nach der Neuorganisation der Polizei ab 2000 als stellvertretender PR-Vorsitzender des PP Mittelhessen. Von 1997 bis 2002 war er Beisitzer im gLBV und von 2002 bis 2008 stellvertretender Schriftführer.

### Ehrenamtliche Engagements

### Um die Allgemeinheit verdient gemacht

Er habe sich durch sein demokratisches Grundverständnis außerordentlich verdient gemacht um die GdP und die Polizei, bescheinigte ihm Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller. Es sei ihm gelungen das Feld, das er als Bezirksgruppenvorsitzender elf Jahre beackert habe, rechtzeitig zu bestellen und sich um einen guten Nachfolger zu kümmern, ohne Angst vor der eigenen Konkurrenz. Er sei sicher, dass der Nachfolger die BZG-Arbeit verantwortlich weiterführen werde. Elf Jahre Vorsitzender der BZG Mittelhessen (und des HPVKA), das sei eine lange Zeit mit viel Arbeit und Verantwortung gewesen, lobte Jörg Bruchmüller. Dazu gehöre auch das Engagement im geschäftsführenden Landesvorstand als Beisitzer und stellvertretender Schriftführer. Mit einer humorvollen Dia-Show ließ der Landesvorsitzende noch einmal die Vergangenheit und die Gewerkschaftliche Arbeit von Harald Dobrindt und Heinz Homeyer lebendig werden. Er bedankte sich bei den beiden Jungpensionären mit einem Präsentkorb.

Harald Dobrindt, der am 1. Oktober 1967 in die Polizei und auch in die GdP eingetreten war, versicherte, dass er immer gerne Gewerkschaftsarbeit gemacht habe, auch wenn ihm das manchmal den Namen „hauptberuflicher Schwätzer“ eingebracht habe. Die Arbeit in der GdP habe es ihm ermöglicht, viele Kolleg/innen kennen und schätzen zu lernen, die er sonst nicht kennen gelernt hätte. Aus der GdP werde er nicht scheiden. „Sollte irgendwo Mal ein rüstiger Senior für eine Demo gebraucht werden, ich habe Zeit“, versicherte er den LBV-Mitgliedern.

### Gewerkschaftliche Aktivitäten

Harald Dobrindt wurde 27. Oktober 1948 in Magdeburg geboren. Der passionierte Pfeifenraucher ging 1967 zur Polizei und durchlief die mittlere und gehobene Laufbahn bis zur A13. Er tat Dienst in Marburg-Cölbe, in Kappel, bei der PAST Herborn. Dort wurde er 1973 Personalratsvorsitzender und 1984 auch KG-Vorsitzender (bis 1997). Von 1981 bis 89 war er als

Zu den Hobbys von Harald Dobrindt gehören Familie, Haus, Hund und Reisen. Darüber hinaus engagiert er sich ehrenamtlich als Sportler, so von 1975 bis 1990 als Handballfachwart des CVJM Kreisverbandes, von 1980 bis 1990 als Handballfachwart des CVJM-SG Dillenburg und von 1995 bis 2001 auch als zweiter Vorsitzender des Tennisclubs Manderbach. Von 1995 bis 1999 war er auch als ehrenamtlicher Richter an der Disziplinarkammer Gießen aktiv. Er ist Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr von Manderbach und auch im Verschönerungsverein dieses Ortes. Das alles zeigt, dass Harald Dobrindt immer seiner Heimat verbunden war. Und seine Sprache drückte das auch immer aus. Er scheute sich nie, das oberhessische „R“ rollen zu lassen.

Norbert Weinbach

## Frankfurter Senioren geehrt



Im Rahmen der Weihnachtsfeier ehrte die Kreisgruppe Senioren in Frankfurt langjährige Mitglieder und Freunde mit Urkunde und Weinpräsent. Unser Bild zeigt, v. l., Pfarrer Christian Warner, der seit zwanzig Jahren zur Weihnachtsfeier kommt und ihr mit seiner Rede einen festlichen Anstrich verleiht. Kurt Heumann (50 Jahre dabei), Jürgen Zeitz (25), Helmut Teschner (50), Eduard Gottschalk, Vorsitzender der Senioren-KG, der die Ehrungen vornahm.

Text und Foto: NW



# Ganzheitliche Betrachtungsweise ist erforderlich

Nachdem im vergangenen Jahr die Machbarkeitsstudie, die Prof. Dr. Mersch-Sundermann geleitet hatte, abgeschlossen werden konnte, wurde ersichtlich, dass die Forschung noch ziemlich am Anfang einer neuen wissenschaftlichen Herausforderung steht.

In einer Veranstaltung des Landesbezirks Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2008 sprach Prof. Dr. Mersch-Sundermann den Toner als Verursacher zwar nicht gänzlich frei, wies aber darauf hin, dass die Ursachen möglicher Erkrankungen durch Stäube wesentlich breiter betrachtet werden müssen, als nur auf der Basis eines potenziellen Auslösers. In diesem Zusammenhang wurden denn auch folgerichtig die so genannten Nanostäube benannt. Stäube, welche die Größe eines milliardstel Teils eines Objekts umfassen und in diesem Zustand ihre ursprüngliche, natürliche Verhaltensweise ändern. Problematisch ist, dass die Nanotechnik gleichermaßen fruchtbringend für die Menschheit sein kann, wie andererseits aber auch schädlich.

In einem weiteren Punkt der gebäudebezogenen Erkrankung von Menschen, im englischen Sprachraum mit Sick Building Syndrom (SBS) bezeichnet, gibt es einen vergleichbaren und mit Stäuben in enger Verbindung stehenden Forschungsbedarf.

Die Frage, die sich aus den oben kurz angerissenen Problemstellungen ergibt, ist einfach die, welcher Weg der richtige ist, den daraus unbestritten resultierenden Gesundheitsgefährdungen zu begegnen. Sind es die von Prof. Dr. Mersch-Sundermann geforderten Feldforschungen, die Jahrzehnte in Anspruch nehmen und einen ungewissen Ausgang haben, oder sind es die eher pragmatischen Ansätze, die das Umweltbundesamt favorisiert, indem es in Verhandlungen mit der Industrie auf möglichst weitreichende Selbstbeschränkungen einerseits und der Förderung innovativer Techniken andererseits setzt?

Vielleicht besteht der Königsweg in einer Mischung aus beiden Ansätzen. Wie dem auch sei, eine Entscheidung ist nach der lange dauernden Verzögerungstaktik des Bundesinstituts für Risikobewertung längst überfällig. Genau zu diesem Punkt führte GdP-Bundesvorsitzender Konny Freiberg ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, MdB Michael Müller. Der Abgeordnete kennt sich als weit über die Parteigrenzen hinaus akzeptierter Umweltexperte bestens mit der Problematik aus.

Dennoch wird es in Kürze eine Entscheidung über das weitere Verfahren geben. Momentan laufen noch einige letzte Vorbereitungen zur Aufarbeitung und Bewertung der bisher in der Forschung erreichten Stände und Erkenntnisse. Sodann wird es neben einer öffentlichen Darstellung der Ergebnisse eine Entscheidung über konkrete Maßnahmen geben. Die GdP wird



sich auf jeden Fall dafür einsetzen – und das kann man unabhängig von den angekündigten Ergebnissen festhalten, dass die Ursachen der Erkrankung durch Stäube so schnell wie möglich erforscht werden müssen. Darüber hinaus ist zu überlegen, ob es nicht erforderlich ist, entsprechende Sofortmaßnahmen zum Schutz der Beschäftigten zu fordern.

Redaktionsschluss für die Ausgabe März 2009 ist am:

**Donnerstag, 5. Februar 2009.**

Artikel, Berichte und Fotos bitte per E-Mail an:

[GdPHessen@t-online.de](mailto:GdPHessen@t-online.de)

